

DIE "EIGENARTIGE NACHBARSCHAFT" VON ORDOLIBERALISMUS UND FRANKFURTER SCHULE: MICHEL FOUCAULT ÜBER DAS "DEUTSCHE MODELL"*

Hermann Kocyba**

Abstract: In his lecture on *"The Birth of Biopolitics"*, Michel Foucault speaks of a *"curious closeness and parallels between what we call the Freiburg School or ordoliberalism and their neighbours, the Frankfurt School"*. Confronting laissez-faire-liberalism of the 18th century and its naturalism concerning economic laws limiting the scope of governmental practices with the constructivist liberalism concerning constitutional rules, he gives an account of his special interest in the German tradition of ordoliberalism as a specific form of self-limitation of the governmental exercise of power. The experience of Nazism was at the very heart of the reflections in the case of the Freiburg School as well as in the case of the Frankfurt School. According to Foucault, both intellectual strands tried to deal theoretically and politically with Max Weber's problem of the irrational rationality of capitalism, Horkheimer by looking for a new form of social rationality that could overcome economic irrationality, Eucken by redefining economic rationality in order to overcome social irrationality. In addition to this picture offered by Foucault, the article refers to the participation of central figures of the early Frankfurt School in the socialist calculation debate, the controversies about economic planning, and the way in which those debates were linked to the idea of establishing social rationality and of realising philosophy. It continues with the normative re-evaluation of planning against the backdrop of experiences with the role of central planning in Nazi Germany as well as in the USSR under Stalin, which led in the case of Horkheimer and Adorno to a highly ambivalent picture of the social role of modern rationality. Despite all theoretical and political differences, there is still a lot of mutual exchange to discover and to analyse between key figures of the Frankfurt and the Freiburg tradition, as for instance in the case of Max Horkheimer, Friedrich Pollock and Franz Böhm.

Keywords: Ordoliberalism, Freiburg School, Böhm, Eucken, Biopolitics, Foucault, Frankfurter Schule, Horkheimer, Pollock, Adorno.

* Der vorliegende Beitrag geht auf einen Vortrag in der Denkbar Frankfurt vom 12. April 2013 im Rahmen der Reihe „Geld und Geist“ zurück. Für kritische Anmerkungen danke ich Walter Oswald und Andreas Böhm.

** Dr. Hermann Kocyba, Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main, und Institut für Soziologie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt.

Suggested citation: H. Kocyba, Die „eigenartige Nachbarschaft“ von Ordoliberalismus und Frankfurter Schule: Michel Foucault über das „Deutsche Modell“, in i-lex, 21, 2014, pp. 75 – 95 (www.i-lex.it)

In seiner Vorlesung zur *"Geburt der Biopolitik"*¹, die der Genealogie des modernen Liberalismus gewidmet ist, erklärte Michel Foucault 1979, dass die Frankfurter Schule wie die Freiburger Schule, also Max Horkheimer ebenso wie Walter Eucken, vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Nationalsozialismus Max Webers Thema der *"irrationalen Rationalität der kapitalistischen Gesellschaft"* aufgegriffen und auf unterschiedliche Weise zu lösen versucht hätten. Dieser zumindest aus deutscher Sicht verblüffenden These einer Parallelität gedanklicher Grundmotive der Vordenker der "Kritischen Theorie" und der *"Sozialen Marktwirtschaft"* möchte ich im Folgenden anhand von Texten von Friedrich Pollock und Max Horkheimer einerseits und des Kreises um Walter Eucken und Franz Böhm andererseits nachgehen.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen sind Vorlesungen, die Michel Foucault im Januar und Februar 1979 am Collège de France in Paris hält. Der Titel dieser Vorlesungen lautet *"Geburt der Biopolitik"*. In der Zusammenfassung der Vorlesungen, die ursprünglich für den Jahresbericht des Collège de France verfasst worden war, erläutert Foucault das Thema *"Biopolitik"*: *"Hierunter verstand ich die Weise, in der man seit dem 18. Jahrhundert versuchte, die Probleme zu rationalisieren, die der Regierungspraxis durch die Phänomene gestellt werden, die eine Gesamtheit von als Population konstituierten Lebewesen charakterisieren: Gesundheit, Hygiene, Geburtenziffer, Lebensdauer, Rassen..."* (M. FOUCAULT 2004, 435). Nicht mehr das Individuum, die lückenlose Erfassung des individuellen Körpers und seine Formierung als Masse, als Armee, als hierarchisch gegliederter Verband steht im Fokus der Machttechnologien, sondern die Bevölkerung, eine statistische Abstraktion, die hier zu Leben erweckt wird und Gegenstand einer Art *"indirekter Steuerung"* wird, die die Eigengesetzlichkeiten des Sozialen in Rechnung stellt.

Foucault beginnt dann allerdings gar nicht mit dem Thema *"Biopolitik"*, sondern schaltet zunächst eine historische Analyse des Liberalismus als politischer Rationalität vor, die im weiteren Verlauf der Vorlesungen des Jahres 1979 das Thema der Biopolitik in den Hintergrund treten lässt.² Es handelt sich nicht einfach um eine zeitliche

¹ M. FOUCAULT 2004.

² Im Rückblick lässt sich das Konzept der *"Biopolitik"* und das Interesse am Thema Liberalismus als Ausdruck einer Abkehr vom Modell der *"Disziplinarmacht"* deuten (vgl. M. C. BEHRENT 2009, 539-568). Vereinfacht könnte man sagen, dass Foucault Anfang der 1970er Jahre zunächst Macht als eigene, irreduzible Untersuchungsebene entdeckt, die nicht einfach als Ausdruck ökonomischer Machtverhältnisse und Klassenbeziehungen und ebenso wenig als

Verschiebung. Das Thema der modernen „*Biopolitik*“ hat Foucault in den Vorlesungen der 1980er Jahre nicht weiterentwickelt. Im Zentrum steht nunmehr die Analyse antiker Selbsttechnologien, die er als methodische Praxis einer „*Sorge um sich*“ im Sinne eines nicht primär epistemischen Selbstbezugs beschreibt. Trotz der spürbaren Faszination durch das Thema der Selbstbeschränkung staatlicher Macht: Foucault ist Ende der 1970er Jahre nicht einfach zum Liberalismus „*konvertiert*“. Der „*Homo oeconomicus*“ verkörpert bei Foucault keine sozialontologische Universalie, sondern eine historische Problematik. Das moderne Subjekt ist nicht der fraglos gegebene Ausgangspunkt der Analyse, sondern Ergebnis performativer Selbstpraktiken.

Aber gehen wir zurück zum Januar 1979. Erinnerung wir uns: Maggie Thatcher wird erst einige Monate später in Downingstreet Number 10 einziehen, Ronald Reagan wird erst Ende 1980 ins Weiße Haus gewählt werden. Die Eule der Minerva wartet diesmal nicht ab, bis sie – wie üblich – ex post erklären kann, warum es so kommen musste, wie es kam. Foucault analysiert einige – wie es nicht nur seinem Auditorium scheinen musste – völlig verstaubte Debatten, die auch im großen Publikum der intellektuellen Zeitgenossen kaum jemand mehr für aktuell hält – und ist gerade dadurch diesen Zeitgenossen voraus. Eine gewisse Faszination durch den Liberalismus und seine Politik einer Selbstbeschränkung des Politischen ist bei Foucault freilich unübersehbar. Foucaults Analysen unterscheiden sich nicht nur im Ton erkennbar von der inzwischen unübersehbaren Flut alarmistischer Traktate, die – in Ermangelung differenzierterer Analysen – alle Übel der Gegenwartsgesellschaft einer neoliberalen Verschwörung anlasten möchten.

1. Das „deutsche Modell“

Auf den ersten Blick verblüffend ist allerdings, dass Foucault beim Stichwort „*Liberalismus*“ seinerzeit ausgerechnet nach Deutschland schaut. Erinnerung wir uns: In den späten 1970er Jahren wurde die Bundesrepublik nicht nur aus der Perspektive der französischen Linken häufig als ein autoritärer Polizeistaat wahrgenommen, Bundeskanzler

eine von oben nach unten verlaufende Herrschaftspyramide beschrieben werden kann. Macht, dies ist ein weiterer Gesichtspunkt, der ihn von der Weberianischen Tradition trennt, kann ebenso wenig auf der Grundlage des jeweiligen Legitimationstypus analysiert werden, entscheidend ist ihr Operationsmodus, ihr Wirkungsschema. Aber Macht, so betont Foucault im nächsten Schritt gegen die Vertreter der „*Repressionshypothese*“, unterdrückt nicht nur, sie eröffnet Möglichkeiten, ist produktiv.

Helmut Schmidt hieß in der französischen Presse vielfach *"le Feldweibel"*. Berufsverbote, der *"Deutsche Herbst"*, Polizeiaufmärsche in Wyhl, Brokdorf oder Kalkar – dass aus den Protesten gegen die staatliche protegierte Atompolitik einmal eine neue politische Bewegung werden sollte, war damals noch nicht absehbar – ließen Deutschland seinerzeit nicht als Hochburg des politischen Liberalismus erscheinen. Michel Foucault selbst hatte sich erst 1978 für Peter Brückner engagiert, der wegen der sogenannten *"Mescalero-Affäre"* in Hannover als Hochschullehrer suspendiert worden war. Ebenfalls 1978 hatte Foucault am sogenannten *"Tunix-Kongress"* in Berlin teilgenommen. Im Ankündigungstext zu diesem Kongress kritisierten die Initiatoren seinerzeit den polizeilichen Fahndungsdruck und die repressiven Auswüchse der *"sozialliberalen"* Politik, die damals gern mit dem Etikett *"Modell Deutschland"* versehen wurde.

Das *"deutsche Modell"*, das Foucault ein Jahr später zum Gegenstand seiner Vorlesung macht, ist allerdings gerade nicht der in vielen Facetten bis in die 1970er Jahre hinein fortwirkende altbekannte deutsche Polizei- und Obrigkeitsstaat. Foucaults Interesse gilt einem Projekt, das in der frühen Nachkriegszeit seine Wirkung entfaltet. Und um das Maß voll zu machen, konstatiert er dabei einen *"Parallelismus"* von Freiburger Schule, also den ordoliberalen Vordenkern der *"Sozialen Marktwirtschaft"*, und Frankfurter Schule. Gerade auf Grund basaler Gemeinsamkeiten zwischen Frankfurtern und Freiburgern kommt es dann zu Konfrontationen, die Foucault so beschreibt: *"... die Geschichte ergab, dass die letzten Schüler der Frankfurter Schule 1968 mit der Polizei einer Regierung zusammenstießen, die von der Freiburger Schule inspiriert war: Sie haben sich auf beiden Seiten der Barrikaden verteilt, denn das war schließlich das doppelte, zugleich parallele, überkreuzte und antagonistische Schicksal des Weberismus in Deutschland"* (M. FOUCAULT 2004, 154). Diese Bemerkung Foucaults zu den politischen Auseinandersetzungen von 1968, den Konfrontationen zwischen protestierenden Studenten und der Polizei und der polizeilichen Räumung des Instituts für Sozialforschung dürfte ihre Basis eher in dem damals populären Deutschlandbild französischer Intellektueller als in einer wirklichen Kenntnis der Konflikte vor Ort gehabt haben. Aber worauf Foucault mit seinem Hinweis eigentlich hinaus will ist, dass der Zusammenhang von Ordoliberalismus und kritischer Theorie *"eine genauere Untersuchung verdienen würde"* (M. FOUCAULT 2004, 153).

2. Liberalismus als Selbstbeschränkung des Regierens

Beginnen wir mit Foucaults Liberalismus-Analyse. Liberalismus interessiert Foucault – hierauf verweist der Begriff der Gouvernamentalität – nicht als normative Theorie oder als Ideologie, sondern als eine „*Praxis*“, als eine auf Ziele hin orientierte und sich durch permanente Reflexion regulierende „*Weise des Tuns*“ (M. FOUCAULT 2004, 436). Der Liberalismus soll als Prinzip und Methode der Rationalisierung der Regierungsausübung analysiert werden.

Im Unterschied zum Prinzip der „*Staatsräson*“ des 16. Jahrhunderts, zum Merkantilismus und zur kameralistischen „*Policeywissenschaft*“ des 18. Jahrhunderts ist der Liberalismus von Anbeginn an von dem Prinzip durchdrungen: „*Es wird stets zu viel regiert*“ (M. FOUCAULT 2004, 437). Foucault denkt den Liberalismus nicht vom Naturrecht oder von der Vertragstheorie, sondern von der Logik des Regierens her. Für die Zeit nach dem Westfälischen Frieden konstatiert er, dass der Staat nunmehr nur im Plural existiert, als ein System von Staaten, die nicht länger in ein Imperium integriert sind und dem Prinzip der Staatsräson und somit der Selbsterhaltung folgen. Die Außenpolitik ist damit durch Prinzipien der Selbstbeschränkung und des Gleichgewichts bestimmt, während im Inneren die Logik des Polizeistaats zur Geltung kommt, deren Ziele letztlich unbegrenzt sind. Diese innere Grenzenlosigkeit manifestiert sich – so könnte man Foucaults Analyse fortspinnen – nach den Religionskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts gerade auch im autoritär friedenssichernden Prinzip des „*cuius regio, eius religio*“.

Das ist natürlich alles andere als Liberalismus. Interessant für die Geschichte des Liberalismus ist hier, wie und unter Berufung auf welche Argumente der Schrankenlosigkeit des staatlichen und religiösen Polizeiregiments, der machiavellistischen „*Staatsräson*“ des frühmodernen „*Polizeistaats*“ ihrerseits Grenzen gezogen werden sollen. Ob das Polizeiregiment oder die Willkür der absolutistischen Regierungspraxis mit theologischen, naturrechtlichen, rechtsgeschichtlichen oder vertragstheoretischen Argumenten angefochten wird, es ist jeweils das Recht, das einem Missbrauch der Souveränität entgegen gehalten wird. Diese Begrenzung durch das Recht tritt Foucault zufolge als äußere Begrenzung der neuzeitlichen Staatsräson auf. Foucault beobachtet dann seit der Mitte des 18. Jahrhunderts eine neue Gestalt der „Selbstbeschränkung“ des Regierens, die diesmal nicht von außen kommt und nicht normativ argumentiert. Es handelt sich nunmehr um eine innere Begrenzung des Regierens, die gerade dazu dienen soll, die Ziele des Regierens zuverlässig zu erreichen. Es handelt sich um eine Grenzziehung im Inneren der gouvernementalen Vernunft, nicht um eine

von außen kommende Begrenzung. Die Grenzziehung basiert nicht mehr auf Prinzipien des Rechts, sondern auf denjenigen der politischen Ökonomie. Die Legitimität des Regierungshandelns wird nicht länger unter dem Gesichtspunkt ihres Ursprungs und ihrer Begründung bewertet: Die Legitimität der Regierungspraxis leitet sich nicht von einem göttlichen Mandat oder einem Vertrag, sondern von ihren Wirkungen her.

Die Regierungspraxis muss nunmehr nicht Normen, sondern in erster Linie die Gegebenheiten der Natur – Foucault spricht von „*Naturgesetzen*“ der politischen Ökonomie (M. FOUCAULT 2004, 33f.) – berücksichtigen. Es geht nicht länger um die Frage, mit welchem Recht die Regierung Steuern erhebt, sondern um die Frage der Wirkungen und Ergebnisse fiskalischer Maßnahmen. Die Regierungspraxis muss die Natur berücksichtigen, Legitimität wird tendenziell durch den Erfolg ersetzt. Foucault konstatiert hier eine Herrschaft des Wahren. Die Beschränkung des Regierens basiert im Kern nicht mehr auf normativen Gesichtspunkten oder auf politischen Kompromissen, sondern auf einem Wissen um Entscheidungsfolgen. Die Regierungspraxis muss die Natur – im Sinne objektiver, willensunabhängiger Wirkungszusammenhänge, nicht im Sinne einer zu bewahrenden Schöpfung, von Biodiversität oder einer zu erhaltenden Umwelt – berücksichtigen.

Der Markt – so betont Foucault – fungiert nunmehr als Ort der Wahrheitsfindung, nicht mehr (wie noch in den Jahrhunderten davor) als Ort der Gerechtigkeit. Er wird nunmehr zur Verifikationsinstanz des Regierungshandelns. Und diese Wahrheit hat ihren Sitz nicht in den Köpfen der Ökonomen, sondern in den Entscheidungen der Marktteilnehmer. Regierungshandeln legitimiert sich nicht mehr über den Bezug auf Gerechtigkeit, sondern auf Wahrheit. Veridiktion, das „*Wahrsprechen*“, tritt an die Stelle der Jurisdiktion, des Rechtsprechens. Foucault konstatiert an dieser Stelle einen „Naturalismus des Regierens“, der wahr-falsch-Schematismus tritt an die Stelle von Recht-Unrecht bzw. von Gerechtigkeit-Ungerechtigkeit. Der Laissez-faire-Liberalismus unterstellt, dass den natürlichen Gegebenheiten des Wirtschaftslebens durch möglichst weitreichenden Verzicht auf staatliche Eingriffe am besten entsprochen werden kann. Dies erscheint dann allerdings nicht mehr als politisch-normatives Programm, sondern als Einsicht in empirische Zusammenhänge.

3. Jenseits des Laissez-faire-Liberalismus

Foucault will nun keinesfalls behaupten, dass Deutschland historisch das Mutterland des Laissez-faire-Liberalismus gewesen wäre. Was

Deutschland spannend macht als Laboratorium neoliberaler GouVERNEMENTALITÄT ist vielmehr eine Situation, in der angesichts der Herausforderungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft, eines Zusammenbruchs der autoritären Herrschaftsordnung und einer durch die Militärregierung unterbrochenen Tradition der Staatlichkeit, der Staat nicht begrenzt, sondern allererst errichtet werden soll. Ludwig Erhard erklärt 1948, dass *„nur ein Staat, der zugleich die Freiheit und die Verantwortlichkeit der Bürger begründet, berechtigterweise im Namen des Volkes sprechen kann“* (M. FOUCAULT 2004, 119). Implizit bedeutet dies zumindest im Rückblick, dass der Nationalsozialismus – der ja Freiheit und Verantwortlichkeit der Bürger missachtete – somit gar nicht im Namen des deutschen Volkes sprechen konnte. Zugleich – so Foucault – sagt Erhard damit, dass die Legitimität des Staats auf der garantierten Ausübung wirtschaftlicher Freiheit gründet. Die Legitimität des Staates auf die Freiheit der Wirtschaft gründen, das ist es, was Foucault interessiert. Aber damit sind wir nicht mehr bei der Problematik des Laissez-faire-Liberalismus. Thema ist nunmehr nicht die Begrenzung einer immer schon gegebenen staatlichen Herrschaftsordnung, sondern die Errichtung und Begründung des Regierens.

Max Webers *„Problem der irrationalen Rationalität der kapitalistischen Gesellschaft“* (M. FOUCAULT 2004, 153) wurde – Foucault zufolge – bei den Frankfurtern so aufgegriffen, dass das Problem darin bestand, *„die neue gesellschaftliche Rationalität zu bestimmen, die auf eine solche Weise gestaltet werden könnte, dass die wirtschaftliche Irrationalität aufgehoben wäre“* (M. FOUCAULT 2004, 154). Das könnte sich auf die Hoffnungen beziehen, die der ursprüngliche Kreis um Horkheimer und Pollock nach dem 1. Weltkrieg noch bis in die frühen 1930er Jahre mit dem Programm einer rationalen Wirtschaftsplanung verknüpfte, kaum aber auf die Diagnosen der *„Dialektik der Aufklärung“*. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit planwirtschaftlichen Experimenten der Zwischenkriegsphase wollen Walter Eucken und Wilhelm Röpke – so Foucault – nach dem 2. Weltkrieg die ökonomische Rationalität neu definieren, die es gestatten soll, die gesellschaftliche Irrationalität des Kapitalismus aufzuheben. In Foucaults Darstellung wird eine Art geheimer Spiegelsymmetrie sichtbar: Im einen Falle soll die gesellschaftliche Irrationalität durch die Rückbesinnung auf die Grundlagen ökonomischer Rationalität überwunden werden, im anderen Falle die Irrationalität des wirtschaftlichen Lebensprozesses im Rückgriff auf ein erweitertes Verständnis gesellschaftlicher Rationalität.

Dass sich Walter Eucken, Franz Böhm, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und andere im Namen eines erneuerten Liberalismus gleichermaßen gegen die nationalsozialistische Wirtschaftslenkung wie gegen die unter Stalin terroristisch forcierte Planwirtschaft richten, weist Anfang der 1940er Jahre durchaus Berührungspunkte auf zu den – inzwischen erkennbar veränderten – Einschätzungen des Kreises um Max Horkheimer³ und Friedrich Pollock⁴. Beide Gruppen teilen zudem eine gewisse Skepsis, was die Widerstandskraft der demokratischen Staaten gegen faschistische bzw. diktatorisch-autoritäre Tendenzen anbetrifft. Es besteht nicht zuletzt die Gefahr, dass sich einzelne Länder bei dem Versuch, sich gegen den militärisch und politisch vordringenden Nationalsozialismus zu behaupten, letztlich zu politischen und wirtschaftspolitischen Optionen greifen, die unfreiwillig auf eine Übernahme von Elementen des NS-Systems hinauslaufen.

Die *„Neoliberalen“* der späten 1930er und der frühen 1940er Jahre jedenfalls sehen in Gestalt des New Deal und des Beveridge-Plans das vermeintlich überwundene Gespenst zentraler Wirtschaftslenkung wieder auferstehen⁵. Die Ordoliberalen polemisieren gegen den *„ewigen Saint-Simonismus“*⁶. Sie betrachten ihn als ein Rationalitätsprinzip, dem eine innere Begrenzung fehlt und das über *„die Anwendung des der Natur angemessenen Schemas von Rationalität auf die Gesellschaft“* ein Organisationsprinzip verkörpert, *„das schließlich zum Nationalsozialismus geführt hat“* (M. FOUCAULT 2004, 166). Das liest sich dann doch fast wie die Freiburger Variante des Umschlags von Aufklärung in Mythos. Foucault zufolge verdichten sich die hier erkennbaren Argumentationsmuster in einer Art von *„negativer Theologie des Staates als eines absoluten Übels“* (M. FOUCAULT 2004, 167). Die neoliberale Antwort ist der Staat unter der Aufsicht des Marktes – anstelle des Marktes unter der Aufsicht des Staates.

Die Bedeutung dieser Formel erschließt sich allerdings nur dann, wenn wir berücksichtigen, dass nunmehr auch ein verändertes Verständnis des Marktes zu Grunde gelegt wird. Anders als in der *„Dialektik der Aufklärung“*, die das Prinzip von Herrschaft im Äquivalententausch verortet und deren Urform in der Subsumtion des Besonderen unter das Allgemeine am Werke sieht, steht nun nicht mehr der Tausch, sondern der Wettbewerb im Mittelpunkt (M. FOUCAULT 2004, 171). Wettbewerb jedoch ist nicht einfach eine natürliche Gegebenheit,

³ M. HORKHEIMER 1939, 115-137; ders., 1942 in: ders. 1987, 293-319.

⁴ F. POLLOCK 1941, 200-225.

⁵ Vgl. F. A. VON HAYEK 1944.

⁶ Vgl. W. RÖPKE 1944, 136.

deren Resultat dann das *“survival of the fittest”* wäre. Gegen einen derartigen Naturalismus des Laissez-faire-Liberalismus betont Eucken, dass es sich hier um ein *eidos* im Sinne Husserls⁷ handle: *“Der Wettbewerb hat eine innere Logik, er hat seine eigene Struktur”* (M. FOUCAULT 2004, 173). Er ist kein Naturphänomen, keine elementare Gegebenheit, er ist Ziel der Regierungskunst. Deren Aufgabe ist es, für den Markt zu regieren, nicht auf Veranlassung des Marktes (M. FOUCAULT 2004, 174). Der Markt wird als etwas begriffen, das durch Regierung hergestellt werden muss. Es gibt nicht einfach vorab einen Markt, der das Regierungshandeln begrenzen würde. Ordoliberalismus – Eucken kann sich mit dem Begriff des *“Neoliberalismus”* nicht anfreunden – bedeutet nicht Laissez-faire, sondern permanente Intervention. Die Freiheit des Marktes ist permanent bedroht durch die Selbstaufhebung des Wettbewerbs im Monopol. Regierung soll Markt ermöglichen, nicht wirtschaftliche Entscheidungen den Marktpartnern entziehen.

Wenn wir nun aber Wirtschaftsprozesse nicht länger naturalistisch deuten, wenn wir die zentrale Bedeutung staatlicher Ordnungspolitik in Rechnung stellen, dann löst sich letztlich die Vorstellung von *“Naturgesetzen”* des Kapitalismus auf. Der historisch vorfindliche Kapitalismus ist dann nicht länger dessen einzig mögliche Gestalt. Gegen den Laissez-faire-Liberalismus und gegen marxistische Zusammenbruchdiagnosen formuliert: Es gibt keine zwangsläufige Entwicklung, keine unabänderliche Logik des Kapitals. Diese Einsicht indes ist kein Alleinstellungsmerkmal der Freiburger. Ähnliches machte auch aus dem Kreis des exilierten Instituts für Sozialforschung vor allem Friedrich Pollock gegen die von Henryk Grossmann vertretene ökonomische Zusammenbruchsthese mit der These vom *“Primat der Politik”* geltend.⁸

Eucken, bei dem die Auseinandersetzung mit der Marxschen Theorie für das eigene Selbstverständnis kaum eine Rolle spielt⁹, tritt dem *“Mythos von der Zwangsläufigkeit der Entwicklung”* sehr entschieden entgegen¹⁰ und erklärt: *“Die Zeit des Laissez-faire ist vorbei”*¹¹. Er

⁷ Rainer Klump und Manuel Wörsdörfer verweisen auf die Bedeutung Husserls für Euckens Wirtschaftsethik und seine Grundlegung der Ordnungsökonomie, ohne sich die These eines systematisch durchgängigen Einflusses Husserls auf Eucken zu eigen zu machen, vgl. R. KLUMP/M. WÖRSDÖRFER 2011, 551-578.

⁸ J. SCHEELE 1999, insbes. 181-222: *“Theoretische Auseinandersetzungen und politische Konflikte zwischen ‚Frankfurter Schule‘ und Henryk Grossmann”*.

⁹ Vgl. U. DATHE 2013 in M. STEINBACH / M. PLOENUS (Hg.), 211-225.

¹⁰ W. EUCKEN 1952, 200.

¹¹ W. EUCKEN 1947, 56.

verweist darauf, dass die *„Vertragsfreiheit, die der Einzelne besaß, vielfach dazu verwendet wurde, die Freiheit zu beschränken, die Konkurrenz zu beseitigen und Machtgebilde zu schaffen“*. (W. EUCKEN 1947 57) Er verwirft die Vorstellung, dass sich in der Wirtschaft eine natürliche Ordnung spontan verwirklichen würde, wenn denn die erforderliche Freiheit bestehe. Er verweist auf historische Erfahrung: *„Die sog. freie Wirtschaft wurde zu vermachteter Wirtschaft“* (W. EUCKEN 1947, 77). Eucken plädiert für eine *„Wettbewerbs-Ordnung“*, bei der der Staat die Aufgabe hat, eine Ordnung zu fördern und zu erhalten, *„bei der auf möglichst vielen Märkten vollständige Konkurrenz wirksam wird“* (W. EUCKEN 1947, 81) Der Staat soll die Wirtschaftsordnung, d. h. die Wettbewerbsordnung fördern oder regeln, *„nicht aber den alltäglichen Wirtschaftsprozess“* (W. EUCKEN 1947, 85). Vielleicht können wir den Gedanken so formulieren: es geht darum, die Spielregeln zu definieren, nicht aber, die Spielergebnisse ex ante festzulegen.

Es ist bis heute umstritten, inwieweit das neuerdings wieder sehr gerne zitierte Konzept der *„Sozialen Marktwirtschaft“* sich tatsächlich als Umsetzung der zentralen Anliegen der Freiburger Schule begreifen darf¹². Ordoliberalismus jedenfalls bedeutet gerade nicht, dogmatisch allein auf die segensreichen Wirkungen vollständiger Konkurrenz zu setzen. Diese enthält Schwächen und Mängel, die ihrerseits der Korrektur bedürfen. Hier denkt Eucken beispielsweise an das anomale Angebotsverhalten auf Arbeitsmärkten, wenn sinkende Löhne zur Erweiterung des Arbeitskräfteangebots führen, da nunmehr auch Frauen und Kinder zur Arbeit gezwungen sind (W. EUCKEN 1952, 303). Es gilt hier die konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung durch geeignete regulierende Prinzipien zu ergänzen (W. EUCKEN 1952, 291). Die radikalen anti-monopolistischen Interventionskonzepte oder die Vorstellungen von Haftung – *„Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen“* (W. EUCKEN 1952, 279) wurden jedenfalls – wie wir angesichts der Finanzkrise erneut feststellen müssen – bis heute nicht umgesetzt. Kritik an Konzernmacht, an zentralistischen Versorgungssystemen, an erpresserischen *„too big to fail“*-Konstellationen kann sich legitimer Weise auf Argumente aus der Freiburger Schule berufen.

4. Die vernünftige Regelung des gesellschaftlichen Lebensprozesses

Wie aber verhält es sich nun mit dem anderen Strang des von Foucault angesprochenen deutschen *„Weberismus“*? Im Falle von Walter Eucken wird ja bis in die posthum veröffentlichten Schriften hinein die

¹² W. OSWALT 2008, in N. GOLDSCHMIDT/ M. WOHLGEMUTH (Hg.), 127-132.

Bezugnahme auf und die Auseinandersetzung mit Max Weber immer wieder deutlich. Der Frankfurter Autorenkreis um Max Horkheimer ist hier sehr viel zurückhaltender. Auch das von Jürgen Habermas aufgegriffene Etikett des „Webermarxismus“ unterstellt nicht unbedingt eine substantielle Auseinandersetzung mit Max Weber oder gar ein Schülerschaftsverhältnis. Webermarxismus meint im Kern einen gleichsam kalorienreduzierten Hegelmarxismus: *„Horkheimer nimmt Motive des frühen Lukács auf, distanziert sich aber vom Hegelschen Totalitätsdenken und begründet so einen Webermarxismus“* (so Jürgen Habermas in Anlehnung an Martin Jay¹³). Das Verhältnis zu Lukács erfuhr, wie wir wissen, seinerzeit bald Eintrübungen: Auf der einen Seite Lukács' Polemik gegen das Institut für Sozialforschung als *„Grand Hotel Abgrund“* und auf der anderen Seite die Sottise, der Buchtitel *„Zerstörung der Vernunft“* verweise letztlich auf die Zerstörung von Lukács eigener Vernunft.

Ich möchte an dieser Stelle auf eine weitere Verbindungslinie der sich erst noch formierenden kritischen Theorie zum Heidelberger Kreis um Max Weber verweisen, die in den Darstellungen zur Geschichte des Instituts für Sozialforschung bislang keine Rolle spielt, und die diesmal nicht über Georg Lukács, sondern über Otto Neurath – seit 1917 Privatdozent in Heidelberg – verläuft. Anders als Lukács tritt Neurath (Mitglied des Wiener Kreises und Sozialist) noch in den 1930er Jahren als Autor in der Zeitschrift für Sozialforschung in Erscheinung – mit einem Beitrag zur Erforschung sozialer Lebenslagen¹⁴ – und findet auch im Rezensionsteil der Zeitschrift Erwähnung.

Als im Frühjahr 1919 die befreundeten Fabrikantensöhne Max Horkheimer und Friedrich Pollock – die beide von ihren Vätern jeweils zur Nachfolge im Unternehmen vorgesehen waren und daher vor dem Abitur ins jeweilige väterliche Unternehmen eintreten mussten – in München ihr Abitur nachmachen, ist Otto Neurath als Ideengeber und schließlich als Präsident des Zentralwirtschaftsamtes der Bayerischen Räterepublik aktiv. Vom Weberschen Ethos der Werturteilsfreiheit beherrscht, präsentiert er im Januar 1919 auf der *„8. Vollsitzung des Münchener Arbeiterrates“* seine – wie er erklärt *„unpolitischen“* – Ideen über *„Wesen und Weg der Sozialisierung“*, und zwar als *„gesellschaftstechnisches Gutachten“*¹⁵! Seine Ideen laufen kurz gesagt auf eine Abschaffung von Geld und Preissystem und die Einführung einer radikalen Naturalwirtschaft hinaus, also auf ein umfassendes System

¹³ J. HABERMAS 1986, in A. HONNETH / A. WELLMER (Hg.), 9.

¹⁴ O. NEURATH 1937, 140-151.

¹⁵ O. NEURATH 1919, 209.

gesellschaftlicher Planung. Entscheidend sind zwei Gesichtspunkte: Auf der einen Seite ist die krisenhafte Anarchie des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses Ursache von Verschwendung und Verelendung großen Ausmaßes, der forcierte wirtschaftliche Wettbewerb mündete in Monopole und Kartelle, in den Kampf um Märkte und Rohstoffe, in Imperialismus und Krieg. Auf der anderen Seite bedeutete das System der Kriegswirtschaft, das sich im Verlaufe des 1. Weltkrieges herausgebildet hatte, einen ersten Schritt in Richtung auf eine zentrale Wirtschaftsplanung. Hier galt es jetzt, Neurath zufolge, die Gunst der Stunde zu nutzen und die *„Anarchie und Regellosigkeit des Marktes und der Produktion“* und *„die nicht begründbare Verteilung der Einkommen“* durch Sozialisierung zu überwinden: *„Eine Wirtschaft sozialisieren heißt, sie einer planmäßigen Verwaltung zugunsten der Gesellschaft durch die Gesellschaft zuführen“* (O. NEURATH 1919, 209). Neurath verschweigt seinen Zuhörern die *„Schwierigkeiten politischer Natur“* keineswegs: Planwirtschaft und Rätedemokratie passen nicht zusammen, eine demokratische Verwaltung der Gesamtwirtschaft hält er zwar für möglich (und wahrscheinlich für wünschenswert), aber nicht für notwendig. Das Streikrecht wird abgeschafft, in einer *„durchsozialisierten Gesellschaft“* ist *„der Streik eine Form des Bürgerkrieges“*! Der Heidelberger Privatdozent spricht also eine deutliche Sprache. Auch wenn der Tonfall später konzilianter wird, Neurath hält an der Idee einer geldlosen Naturalwirtschaft auch über die Phase des revolutionären Umbruchs von 1919 hinaus fest, wie 1944 seine Rezension des Essays *„The Road to Serfdom“* von Friedrich August von Hayek belegt.¹⁶

Horkheimer und Pollock, unsere beiden Schwabinger Bohemiens, erleben die Umwälzungen der Münchener Räterepublik gleichsam aus der ersten Reihe mit, nicht ganz ohne Gefahren: Horkheimer, so erinnert er sich 50 Jahre später, wird zunächst von der Heimwehr, dann von Mitgliedern der Lützow-Husaren für Ernst Toller gehalten – er muss also eine stattliche Erscheinung gewesen sein –, er wird festgenommen und fürchtet, hinterrücks *„auf der Flucht“* erschossen zu werden. Horkheimer erkannte: *„München ist nicht der richtige Ort“* und fährt fort: *„... und so haben wir uns entschieden, nach Frankfurt zu gehen und dort zu studieren“*¹⁷. Die Beziehung von Horkheimer und Neurath ist trotz einer Reihe von Arbeiten zur intellektuellen Biographie Horkheimers¹⁸ bis heute nicht wirklich aufgeklärt.

¹⁶ O. NEURATH 1945, 121-122.

¹⁷ G. REIN (Hg.) 1976, 155.

¹⁸ Vgl. M. KORTHALS 1985, 315-329; J. O'NEILL / T. UEBEL 2004, 75-105.

Wichtig für die Ereignisse in Frankfurt ist der Umstand, dass ein weiterer engagierter junger Wissenschaftler aus gutem Hause, der – von Frankfurt kommend – eigentlich in Tübingen über das Thema „Sozialisierung“ promovieren wollte, als Ausländer mit argentinischem Pass aus politischen Gründen Württemberg verlassen muss und nach Frankfurt zurückkehrt¹⁹. In den frühen 1920er Jahren beteiligte sich Felix Weil an der durch Neuraths Ideen angestoßenen, im engeren Sinne freilich erst durch Ludwig Mises Kritik in Gang kommenden Debatte über „Sozialistische Rechnungslegung“²⁰. In seiner Kritik an Karl Polanyis „Gildensozialistischer Rechnungslegung“²¹ trägt Weil²² Argumente sowohl von Neurath als auch von Mises zusammen und verknüpft sie mit Argumenten von Georg Lukács und Karl Korsch, die er gerade als Teilnehmer der „Ersten marxistische Arbeitswoche“ in Geraberg gewonnen hatte und die in der Folge wichtige Impulsgeber des 1923 in Frankfurt am Main gegründeten Instituts für Sozialforschung werden sollten. Die Debatte über Wirtschaftsplanung verfolgt Weil später ebenso wie Pollock auch als Autor der Zeitschrift für Sozialforschung engagiert weiter.

Auf die Arbeiten von Friedrich Pollock über die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion²³, „Über die gegenwärtige Lage des Kapitalismus und die Aussichten einer planwirtschaftlichen Neuordnung“ – auch hier spielte die Bezugnahme auf Neurath eine wichtige Rolle – und seine späteren Thesen zum „Staatskapitalismus“²⁴ kann ich an dieser Stelle nur summarisch verweisen. Unverkennbar ist die zunächst positive Bewertung von Planung, die angesichts der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik und der terroristischen Zuspitzung der sowjetischen Wirtschaftsplanung einer deutlichen Ernüchterung weicht und zu der Einsicht nötigt, dass anscheinend eher eine Wahlverwandtschaft zwischen Wirtschaftsplanung und Diktatur als zwischen Planung, Aufklärung und Demokratie besteht.

Die Diskussion über Fragen der Planwirtschaft ist freilich kein privates ökonomietheoretisches Steckenpferd von Weil und Pollock. 1934 konstatiert Horkheimer in einer Vorbemerkung zu einem Artikel „Zur Theorie der Planwirtschaft“ von Kurt Mandelbaum und Gerhard Meyer

¹⁹ Vgl. H. R. EISENBACH 1987, in V. SCHÄFER (Hg.), 179-216.

²⁰ L. MISES 1920/1921, 86-121; sowie ders., 1924, 488-500.

²¹ K. POLANYI 1922, 377-420; sowie ders., 1924, 218-228.

²² F. WEIL 1924, 196-217.

²³ F. POLLOCK 1929.

²⁴ Die Texte Pollocks aus der Zeitschrift für Sozialforschung bzw. den Studies in Philosophy and Social Sciences sind veröffentlicht in F. POLLOCK 1975.

die Unfähigkeit der bestehenden Gesellschaft, *„die Erzeugung und Verteilung der zum Leben auf seiner gegenwärtigen Entwicklungsstufe notwendigen Mittel vernünftig zu regeln“*²⁵ und fordert *„intellektuelle Anstrengungen, welche bei dem Kampfe um die Herbeiführung und Gestaltung einer vernünftigen Wirtschaft richtungsweisend sind“*; dies gilt Horkheimer zufolge *„auch für den Nachweis, dass und wie Planwirtschaft möglich ist“*. Ihm ist klar, dass die Argumente der *„liberalistischen Wirtschaftstheorie“* auch *„bei den innersozialistischen Kontroversen eine große Rolle spielen“* (M. HORKHEIMER 1934, 229).

5. Die Kritik der verwalteten Welt

Wie im Falle Pollocks freilich kehren sich auch bei Horkheimer die Vorzeichen um. Wenige Jahre später geht es beim Thema Planwirtschaft nicht mehr um die vernünftige Gestaltung des gesellschaftlichen Lebensprozesses der Menschen, emphatisch gesprochen also um die Verwirklichung der Philosophie, sondern um ein tendenziell weltumspannendes autoritäres Regime, eine Ökonomie der Gewalt, die die liberale Ökonomie des Marktes ablöst²⁶. Es handelt sich dabei um mehr als ein Scheitern im Kräfteressen der politischen Parteien, die Entwicklung hin zur total verwalteten Welt, die Pollock und Horkheimer beobachten, trifft gleichermaßen die Erfolgchancen und den moralischen Kern des Programms.

Der untergründige Bezug zu den Debatten der 1920er und 1930er Jahre bleibt nicht nur in den Schriften von Horkheimer und Pollock präsent. Wenn Adorno Jahrzehnte später formuliert: *„Philosophie, die einmal überholt schien, erhält sich am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt ward“*²⁷, dann verweist dies auf Hoffnungen und Erwartungen, die er mit Horkheimer und Pollock teilte. Gerade weil sie nicht verwirklicht werden konnte, bleibt die Philosophie auf eine gespenstige Weise am Leben. Sie hält an einem umfassenden Wahrheitsanspruch fest und ist darum insofern auf präzise Weise selbst unwahr, als sie diesen Anspruch nur im Medium der Abstraktion verkörpern kann. Noch die avancierte Kunst ist darin unwahr, Halbbildung, dass sie sich in einer gegen die Nöte des gesellschaftlichen Lebensprozesses abgekapselten Sphäre einrichtet: *„Das Scheitern der revolutionären Bewegungen, die in den westlichen Ländern den Kulturbegriff als Freiheit verwirklichen wollten, hat die Ideen jener Bewegungen gleichsam auf sich selbst zurückgeworfen und den*

²⁵ M. HORKHEIMER 1934, 228.

²⁶ Vgl. die in einigen Punkten ähnlich lautende Diagnose von F. MUNK (1940).

²⁷ T. W. ADORNO 1966, 13.

Zusammenhang zwischen ihnen und ihrer Verwirklichung nicht nur verdunkelt, sondern mit einem Tabu belegt (...) Wenn Max Frisch bemerkte, daß Menschen, die zuweilen mit Passion und Verständnis an den sogenannten Kulturgütern partizipierten, unangefochten der Mordpraxis des Nationalsozialismus sich verschreiben konnten, so ist das nicht nur ein Index fortschreitenden gespaltenen Bewußtseins, sondern straft objektiv den Gehalt jener Kulturgüter, Humanität und alles was ihr innewohnt, Lügen, wofern sie nichts sind als Kulturgüter. Ihr eigener Sinn kann nicht getrennt werden von der Einrichtung der menschlichen Dinge. Bildung, welche davon absieht, sich selbst setzt und verabsolutiert, ist schon Halbbildung geworden“²⁸. Noch in ihren äußersten begrifflichen Anstrengungen einer negativen Dialektik ist die Philosophie Adornos durch das Scheitern des Versuchs einer vernünftigen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebensprozesses geprägt.

Das keineswegs widerspruchsfreie Bild der Ökonomie in der kritischen Theorie und seine windungsreiche Entwicklung lassen sich nicht in wenigen Sätzen nachzeichnen. Gerade Adorno löst bei Ökonomen – wenn sie denn überhaupt bereit sind, sich mit Adorno zu befassen – nicht selten Befremden aus: *„Adornos Spiel mit ökonomischen Begriffen ist dem Ökonomen schwer erträglich“²⁹. Dies hat möglicherweise nicht allein mit dem vermeintlich allzu „spielerischen“ Umgang mit ökonomischen Kategorien zu tun. Trotz der Schrecken des autoritären Staates scheint dem Kreis um Horkheimer, Pollock und Adorno nämlich eine Wiederbelebung des klassischen Liberalismus weder machbar noch als Preisgabe aller Hoffnungen auf eine Verwirklichung der Philosophie wirklich wünschenswert. Zwar verkörpert die Zirkulationssphäre normative Vorstellungen etwa von Freiheit, Autonomie, von Glück ohne Macht, die die Autoren der „Dialektik der Aufklärung“ gegen die Häme derer verteidigen, die darin nicht mehr zu sehen bereit sind als schiere Ideologie, aber als bloße normative Postulate wären sie doch nur Teil des falschen Zustands. Der Markt verkörpert nicht nur Freiheits- und Gleichheitsversprechen, er ist eben zugleich der Ort, an dem die Ungerechtigkeit, der Ausbeutungscharakter der Produktion sichtbar wird. Er ist nicht – wie auch die Freiburger wissen – der Schauplatz, an dem die „Entmachtung durch Wettbewerb“³⁰ sich vollzieht, sondern der*

²⁸ T. W. ADORNO 1959, 94f.

²⁹ B. SCHEFOLD 1998, in K. ACHAM, K. WOLFGANG NÖRR, B. SCHEFOLD (Hg.), 249.

³⁰ Vgl. F. BÖHM (2007); diese Entmachtung durch Wettbewerb setzt eine entschiedene Anti-Monopol-Politik voraus, der Marktmechanismus allein vermag das Problem privater Macht nicht zu lösen.

Ort, an dem Ungleichheit und Ausbeutung zugleich erfahren und verleugnet werden, an dem Freiheit und Gleichheit gleichzeitig proklamiert und praktisch annulliert werden.

Kann man es den Autoren der *"Dialektik der Aufklärung"* vorwerfen, wenn sie angesichts des Schreckbildes einer total verwalteten Welt trotz eines prinzipiellen Bekenntnisses zu den *"Errungenschaften des Liberalismus"*³¹ das analytische und konstruktive Potenzial des Ordoliberalismus nicht gesehen haben und uns daher auf eine politische und philosophische Kritik des neueren Liberalismus nur unzureichend vorbereiten? Ein solcher Vorwurf würde übersehen, dass dieses Potenzial des Ordoliberalismus bereits in der sich formierenden *"Sozialen Marktwirtschaft"* nur selektiv zur Geltung kam und im Kreis ihrer bekennenden Freunde und Förderer vielfach ganz in Vergessenheit geraten zu sein scheint. Angesichts der herrschenden Gestalt des Liberalismus hat die Berufung auf Walter Eucken, Franz Böhm oder Alexander Rüstow heute unvermeidlich einen Hauch des Utopischen³². Und wenn vor wenig mehr als 20 Jahren bei den Amtsnachfolgern von Ludwig Erhard die Vorstellung vorherrschte, bereits durch den Abbau von Strukturen staatlicher Planung auf dem Territorium der früheren DDR *"blühende Landschaften"* entstehen lassen zu können, dann verweist dieser Reflexionsverlust selbst eher in die Richtung naturalistischer Laissez-faire-Konzepte als auf einen, auf ordnungspolitische Rahmensetzungen hin orientierten, gleichsam konstruktivistischen Liberalismus.

6. Herrschaftskritik, wirtschaftliche Macht und Wettbewerb

Wenn wir nach unserer Parforce-Tour noch einmal auf die Ausgangsfrage zurückblicken, dann stellen wir fest, dass Frankfurter und

³¹ Als späten Beleg das Spiegelgespräch mit Horkheimer „Was wir ‚Sinn‘ nennen, wird verschwinden“, DER SPIEGEL Nr. 1-2/1970, 79-84.

³² Wenn Foucault in der Vorlesung vom 7. Februar 1979 zu Franz Böhm anmerkt, dieser habe bis in die siebziger Jahre hinein *"entscheidenden Einfluss auf die deutsche Wirtschaftspolitik"* ausgeübt, dann widerspricht dies den gut fundierten Einschätzungen von Traugott Roser und Walter Oswald (T. ROSER / W. OSWALT, in: F. BÖHM 2007, 213-263). Verblüffend jedenfalls ist, dass der Herausgeber der Foucault-Vorlesung, Michael Sennelart, im Anmerkungssteil über Böhm zu berichten weiß: *"Er... spielte von 1948 bis 1977 eine aktive Rolle im wissenschaftlichen Beirat der Verwaltung für Wirtschaft des vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt"* (M. FOUCAULT 2004, 177) – was mag Böhm nur über all die Jahre in einem bereits im September 1949 aufgelösten Gremium getan haben?

Freiburger Schule in einer kritischen Perspektive auf wirtschaftliche Vermachtungsprozesse und auf deren Auswirkungen auch auf das politische Leben sowie auf Autonomie und Freiheitsrechte der Individuen konvergieren. Bevor indes aus einer gemeinsamen, auf Machtphänomene und Herrschaftsverhältnisse fokussierten Kritikperspektive, die vor dem Hintergrund der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit einem etatistischen Kapitalismus nur allzu plausibel erscheinen muss, auf ein gemeinsames Projekt der Abschaffung von Macht und Herrschaft geschlossen werden darf, gälte es den jeweils zu Grunde liegenden Vorstellungen von sozialer, politischer und ökonomischer Macht kritisch nachzugehen.

In vielen Details seiner historischen Darstellung wird bei Foucault deutlich, dass er die *„genauere Untersuchung“* des Zusammenhangs von Ordoliberalismus und kritischer Theorie zwar angeregt, aber eben doch nicht selbst geleistet hat. Es gibt eine ganze Reihe von Schauplätzen und Bühnen, auf denen die Protagonisten der Frankfurter und der Freiburger Schule aufeinandertrafen, sich begegneten oder wechselseitig auswichen. Beispielsweise waren Friedrich Pollock, Walter Eucken, Franz Oppenheimer und Siegfried Budge – ein Schüler von Oppenheimer und in den frühen 1920er Jahren ein wichtiger Gesprächspartner von Pollock in der Phase der Abfassung seiner Dissertation³³ – in den 1920er Jahren als Dozenten an der Frankfurter *„Akademie der Arbeit“* tätig³⁴. In wie weit das gemeinsame Engagement auch zu persönlicher Begegnung und intellektuellem Austausch führten, ist für die 1920er Jahre allerdings nur schwer zu überprüfen.

Was die Zeit seit der Wiedererrichtung der Akademie der Arbeit nach dem 2. Weltkrieg anbetrifft, so ist zumindest die Quellenlage günstiger. In seinem Vortrag *„Der Bildungsauftrag der Gewerkschaften“*³⁵ beruft sich Horkheimer auf seinen Amtsvorgänger als Rektor der Universität, Franz Böhm, der seinerzeit gefordert habe, *„die Gesellschaftsordnung so zu gestalten, dass der Arbeitnehmer nicht nur politisch und zivilrechtlich, sondern auch wirtschaftlich so gestellt ist, dass er sowohl im Arbeitsprozess als außerhalb desselben ... der gleichberechtigte Bürger seines Staates und seiner Gesellschaft ist“*. – Nicht ganz das, was man sich heute gemeinhin unter Neoliberalismus vorstellt.

Ohnehin dürfte Franz Böhm Horkheimer, Pollock und Adorno nicht in erster Linie als Mitbegründer und Herausgeber der Zeitschrift *„Ordo“* bekannt geworden sein, sondern eher als Vorsitzender (1949–1971) der

³³ F. POLLOCK 1923, IX.

³⁴ O. ANTRICK 1966, 79-73.

³⁵ A.a.O., 202.

„Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Frankfurt am Main“, in der sich auch Horkheimer und Adorno engagierten. Seit der Wiedererrichtung des Instituts für Sozialforschung an der Universität übernimmt er bis 1969 das Amt des Vorsitzenden des Vorstands der Stiftung *„Institut für Sozialforschung“*, das ihm Einblick in die Arbeit des Instituts gewährte, die er – wie ich abschließend zeigen möchte – mit wirklichem Interesse verfolgte.

7. Eine gescheiterte „Währungsreform“

In ihrem Vorwort zu dem von Friedrich Pollock bearbeiteten Studienbericht zum Thema *„Gruppenexperiment“*, der sich auf die ersten Studien bezieht, die das Institut für Sozialforschung nach seiner Neugründung 1950 in Angriff genommen hatte, danken Horkheimer und Adorno Franz Böhm, *„der an der Wiedererrichtung des Instituts für Sozialforschung wesentlichen Anteil genommen und es unermüdlich gefördert hat“*, für sein *„Geleitwort, das mehr über die thematischen Interessen der Studie aussagt, als wir selbst uns zutrauen dürften“*³⁶. In diesem Geleitwort gilt Böhms Interesse jenen Aspekten öffentlicher Meinung, die er als Problem gerade der *„nicht-öffentlichen Meinung“* identifiziert. Thema des *„Studienberichts“* waren ja die Meinungen, die *„bei uns im Umlauf sind, also z. B. über die Schuld an dem, was im Dritten Reich geschehen ist, über die Demokratie, über die Juden usw.“* (F. BÖHM, in F. POLLOCK 1955, IX). Wenn Böhm von der *„Schockwirkung“* der Untersuchung spricht, dann meint er nicht allein die dort dokumentierten Einstellungen und Meinungen, sondern den Nachweis, dass es *„eine nicht-öffentliche Meinung gibt, deren Inhalt vom Inhalt der eigentlichen öffentlichen Meinung sehr erheblich abweichen kann, deren Sätze aber neben den Sätzen der öffentlichen Meinung gleich den Geldeinheiten einer zweiten Währung umlaufen, ja vielleicht einen festeren und stabileren Kurs haben als die Werte der eigentlichen öffentlichen Meinung, mit der wir nach Höflingsart in der offiziellen Öffentlichkeit, insbesondere vor dem Ausland daherprunken und von denen wir uns einbilden, als stellten sie unsere eigentliche und einzige Währung dar, als drückten sie aus, was wir wirklich meinen, obwohl es doch nur die Redensarten sind, deren wir uns bedienen, wenn wir unseren Ausgehanzug anhaben. Ja, fast hat es den Anschein, als stelle das, was als öffentliche Meinung bei uns umläuft, die Summe derjenigen (in sich einander widersprechenden) Meinungen dar, von denen wir wünschen, dass die Menschen glauben sollen, es seien unsere wahren Meinungen, während es sich bei der nicht-öffentlichen Meinung um die*

³⁶ F. POLLOCK 1955, VI.

Summe derjenigen (in sich einander gleichfalls widersprechenden) Meinungen handelt, die wir wirklich haben“ (F. BÖHM, in F. POLLOCK 1955, XI f.).

Hier spricht einer der Väter der von Ludwig Erhard verkündeten Währungsreform offen aus, dass in der politischen Kultur des Nachkriegsdeutschlands der 1950er Jahre eine entsprechende „Währungsumstellung“ nicht gelungen sei, sondern eine Art Zweitwährung die untergründigen politischen Einstellungen regiere. Als Liberaler ist Böhm bereits vor Jürgen Habermas davon überzeugt, es könne *„von freier Verfassung nicht mehr die Rede sein, wo der Glaube daran nicht mehr lebendig ist, dass freimütiges Reden und Sich-Aussprechen, dass Diskussion ein Heilmittel für öffentliche Schäden aller Art in sich selbst ist“*, und fährt fort: *„Es gilt also, die nicht-öffentliche Meinung eines Volkes zum Gegenstand des öffentlichen politischen und wissenschaftlichen Gesprächs zu machen“* (F. BÖHM, in F. POLLOCK 1955, XIII). Die Ideen von Markt und Wettbewerb stehen für Böhm dabei nicht nur für wirtschaftliche Effizienz. Er verweist auf die dort zu Tage tretende Bedeutung der öffentlichen Rede: *„Ein Mindestgehalt an Vernunft und an Moralität wird so erzwungen; denn was offen am Markt bekannt wird, muss sich der Kritik, und zwar der geschulten Kritik stellen“* (a.a.O.). Hier argumentiert Franz Böhm offensiver als Max Horkheimer, der sich mit Blick auf die *„öffentliche Meinung“* gelegentlich mit der *„Einsicht“* La Rochefoucaulds zufrieden zu geben scheint, *„dass Heuchelei die Verbeugung des Lasters vor der Tugend sei“* (M. HORKHEIMER, in: O. ANTRICK, 199).

Die Beziehung zwischen Frankfurter und Freiburger Schule erweist sich auf der Ebene persönlicher Beziehungen, sozialer Netzwerke und institutioneller Kontakte, auf der Ebene gemeinsamer wissenschaftlicher Interessen und schließlich auch gegensätzlicher wissenschaftlicher und philosophischer Überzeugungen als deutlich komplexer als es Foucault in seinen skizzenhaften und nicht immer ganz zuverlässigen Ausführungen zur *„eigenartigen Nachbarschaft“* von Ordoliberalismus und kritischer Theorie vermutete. Dass die Aufarbeitung dieses – von ihm in seiner historischen Brisanz richtig erkannten – Themas bis heute nicht wirklich vorangeschritten ist, dürfen wir am wenigsten Michel Foucault anlasten.

Literatur

ADORNO THEODOR W., 1959, *Theorie der Halbbildung*, in: ders.: *Gesammelte Schriften* Band 8. *Soziologische Schriften I*.

ADORNO THEODOR W., 1966, *Negative Dialektik*, Frankfurt, Suhrkamp.

ANTRICK OTTO, 1966, *Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M.*, Darmstadt, Eduard Roether Verlag.

BÖHM FRANZ, 2007, *Entmachtung durch Wettbewerb*, Münster, LIT Verlag.

BEHRENT MICHAEL C., 2009, *Liberalism without Humanism: Michel Foucault and the Free-Market Creed, 1976–1979*, in: *Modern Intellectual History*, Jg. 6/3, 539-568.

DATHE UWE, 2013, *Ein Weg zum dritten Weg. Walter Euckens Auseinandersetzung mit Marx und dem Marxismus (1921–1932)*, in: MATTHIAS STEINBACH/ MICHAEL PLOENUS (Hg.), *Prüfstein Marx. Zu Edition und Rezeption eines Klassikers*, Berlin (Metropol), 211-225.

EISENBACH HELMUTH ROBERT, 1987, *Millionär, Agitator, Doktorand. Die Tübinger Studienzeit des Felix Weil, 1919*, in: Volker Schäfer (Hg.): *Bausteine zur Tübinger Universitätsgeschichte. Folge 3*, Tübingen (Universitätsarchiv Tübingen), 179-216.

EUCKEN WALTER, 1947, *Nationalökonomie wozu?*, Godesberg, Verlag Helmut Küpper.

EUCKEN WALTER, 1952, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Bern, A. Francke Verlag.

FOUCAULT MICHEL, 2004, *Geschichte der Gouvernamentalität II: Die Geburt der Biopolitik: Vorlesung am College de France 1978–1979*, Frankfurt am Main, Suhrkamp.

HABERMAS JÜRGEN, 1986, *Drei Thesen zur Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, in: AXEL HONNETH/ ALBRECHT WELLMER (Hg.), *Die Frankfurter Schule und die Folgen*, Berlin, Walter de Gruyter.

HAYEK VON FRIEDRICH A., 1944, *The Road to Serfdom*, Chicago, University of Chicago Press.

HORKHEIMER MAX, 1934, *Vorbemerkung des Herausgebers* (zu: Kurt Mandelbaum und Gerhard Meyer, „Zur Theorie der Planwirtschaft“), *Zeitschrift für Sozialforschung*, Jahrgang III, s. 228.

HORKHEIMER MAX, 1939, *Die Juden und Europa*, in: *Studies in Philosophy and Social Science*, Vol. VIII, 115-137;

HORKHEIMER MAX, 1942, *Autoritärer Staat*, in: Id., 1987, *Gesammelte Schriften Band 5*, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 293-319.

KLUMP RAINER / WÖRSDÖRFER MANUEL, 2011, *On the affiliation of phenomenology and ordoliberalism: Links between Edmund Husserl, Rudolf and Walter Eucken*, in: *The European Journal of the History of Economic Thought*, Jg.18/4, 551-578.

KORTHALS MICHIEL, 1985, *Die kritische Gesellschaftstheorie des frühen Horkheimer. Missverständnisse über das Verhältnis von Horkheimer, Lukács und dem Positivismus*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 8. Jg. Heft 4, S. 315-329

MISES VON LUDWIG, 1920/1921, *Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 47. Band, 86-121.

MISES VON LUDWIG, 1924, *Neue Beiträge zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 51. Band, 488-500.

MUNK FRANK, 1940, *The Economics of Force*, New York, George W. Stewart.

NEURATH OTTO, 1919, *Wesen und Weg der Sozialisierung*, in: Id., *Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft*, München, Verlag Georg D. W. Callwey.

NEURATH OTTO, 1937, *Inventory of Standard of Living*, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, VI. Jahrgang, 140-151.

NEURATH OTTO, 1945, *Alternatives to Market Competition (Review of F. Hayek, The Road to Serfdom)*, in: *The London Quarterly of World Affairs*, Jan. 1945, 121-122.

O'NEILL JOHN/ UEBEL THOMAS, 2004, *Horkheimer and Neurath: Restarting a Disrupted Debate*, in: *European Journal of Philosophy*, Jg. 12/1, 75-105.

OSWALT WALTER, 2008, *Offene Fragen zur Rezeption der Freiburger Schule*, in: NILS GOLDSCHMIDT/ MICHAEL WOHLGEMUTH (Hg.), *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen, Mohr Siebeck, 127-132.

POLANYI KARL, 1922, *Sozialistische Rechnungslegung*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 49. Band, 377-420.

POLANYI KARL, 1924, *Die funktionelle Theorie der Gesellschaft und das Problem der sozialistischen Rechnungslegung (Eine Erwiderung an Prof. Mises und Dr. Felix Weil)*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 52. Band, 218-228.

POLLOCK FRIEDRICH, 1929, *Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927*, Leipzig, C. L. Hirschfeld.

POLLOCK FRIEDRICH, 1941, *State Capitalism*, in: *Studies in Philosophy and Social Science*, Vol. IX, 200-225.

POLLOCK FRIEDRICH, 1955, *Gruppenexperiment. Ein Studienbericht*, Frankfurt am Main, Europäische Verlagsanstalt.

POLLOCK FRIEDRICH, 1975, *Stadien des Kapitalismus*. Hg. u. eingeleitet von Helmut Dubiel, München, Beck.

POLLOCK, FRITZ, 1923, *Zur Geldtheorie von Karl Marx [Maschinenschrift.]*, Frankfurt, Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Dissertation, p. IX.

REIN, GERHARD (Hg.), 1976, *Dienstagsgespräche mit Zeitgenossen*, Stuttgart, Kreuz Verlag.

RÖPKE, WILHELM, 1944, *Civitas Humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform*, Erlenbach/Zürich, Rentsch.

ROSER, TRAUGOTT / OSWALT, WALTER, 2007, *Die Aktualität liberaler Machtkritik. Nachwort zur Edition von Franz Böhm*, in: *Franz Böhm: Entmachtung durch Wettbewerb*, Münster, LIT Verlag.

SCHEELE, JÜRGEN, 1999, *Zwischen Zusammenbruchsprognose und Positivismusverdikt. Studien zur politischen und intellektuellen Biographie Henryk Grossmanns (1881–1950)*, Frankfurt am Main, Peter Lang.

SCHEFOLD, BERTRAM, 1998, *Kommentar zum Beitrag von Michael Bock „Die ‚kritische Theorie‘ als Erbin der geisteswissenschaftlichen Soziologie der Zwischenkriegszeit“*, in: KARL ACHAM, KNUT WOLFGANG NÖRR, BERTRAM SCHEFOLD (Hg.), *Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren*, Stuttgart, Franz Steiner Verlag.

WEIL, FELIX, 1924, *Gildensozialistische Rechnungslegung. Kritische Bemerkung zu Karl Polanyi: „Sozialistische Rechnungslegung“*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 52. Band, S. 196-217.